AZB
9000 St.Gallen
DIE POST

links

SP
Klartext zur Politik
im Kanton St.Gallen
www.sp-sg.ch
Februar 2022 Nr. 1

Editorial

«Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.» Das Bertolt Brecht zugeschriebene Zitat ist längst zum geflügelten Wort geworden. Es stellt in Frage, ob die politischen Strukturen, die aktuellen Gesetze und die gesellschaftliche Norm wirklich richtig sind, einfach «weil sie halt so sind». Denn Gerechtigkeit misst sich nicht am wechselnden Status Quo, sondern an bleibenden Grundwerten wie Gleichheit und Solidarität.

Von SP-Parteipräsidentin Andrea Scheck, St.Gallen

Wenn das herrschende System nun diese Grundwerte verletzt – wenn unser Asylwesen menschenunwürdig ist, unsere Wirtschaft ausbeuterisch und klimafeindlich, unsere Gesellschaft sexistisch – dürfen wir das nicht einfach hinnehmen, sondern müssen auf allen Ebenen dagegen Widerstand leisten. Sogar, wenn wir damit oft in der Minderheit sind. Oder, um es mit einem zweiten Zitat zu sagen, dieses von Hannah Arendt: «Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen.»

Beide Zitate erfreuen sich im Moment leider auch in einem anderen politischen Lager grosser Beliebtheit: Sie werden auf Shirts und Plakaten bei «Querdenker»-Demonstrationen getragen, gegen die Coronamassnahmen ins Feld geführt, von Rechten vereinnahmt. Auch sie verstehen sich als Kämpfer*innen des Widerstands, nur aus einem komplett anderen, unsolidarischen Grundgedanken.

Die vorliegende Ausgabe vom «links» beweist aber, dass Widerstand im Kern ein linkes Anliegen bleibt. Wir sind die Einzigen, die ihn aus Solidarität und Menschlichkeit führen, auf der Strasse, bei der Arbeit und in den Parlamenten gleichzeitig. Und auch wenn Widerstand bei anderen längst wieder aus der Mode gekommen ist, wird er unsere Pflicht bleiben.

Andrea Scheck, Präsidentin SP Kanton St.Gallen

Inhalt

Bild: SP Schweiz

6

2 **Zum Rücktritt von Monika Gähwiler-Brändle**
Nachfolger Marco Broger im Gespräch mit Monika Gähwiler-Brändle
3 **Widerstand gegen Rheinkraftwerke**
Im Widerspruch zu einer nachhaltigen Umweltpolitik
4 **Frauen leisten weltweit Widerstand**
Organisierter Widerstand in Weissrussland und Brasilien
5 **Widerstand gegen AHV-Reform, Teil 1**
Feministische Streikbewegung für Widerstand ausserhalb des Parlaments
6 **Widerstand gegen AHV-Reform, Teil 2**
Politischer Widerstand gegen Abbaupläne in der Altersvorsorge
8 **Feministischer Widerstand im historischen Kontext**
Interview mit Historikerin Dore Heim
10 **Gerechte Chancen für alle**
Gespräch mit Regierungsrätin Laura Bucher vor Amts-Halbzeit
12 **The Sozi-Network**
Wie geht Widerstand auf Social Media?
13 **Denkmalpflege ins Abseits gestellt?**
Widerstand gegen Änderung im PBG
14 **Leselauf**
Buch-Empfehlung von Marco Dal Molin

Als erste Sozialdemokratin das Stadtparlament präsidiert

Nach neun Jahren aktiver Parlamentsarbeit ist Monika Gähwiler-Brändle per Ende 2021 aus dem Gossauer Stadtparlament zurückgetreten. Für sie nachrücken wird der 23-jährige Marco Broger. Er hat Monika Gähwiler-Brändle für das links befragt.

Was waren die Beweggründe, dich in der Gossauer Stadtpolitik zu engagieren?
Als ich zum ersten Mal abstimmen durfte, waren gerade mal siebeneinhalb Jahre vergangen, seit dies für die Frauen in der Schweiz überhaupt möglich war. Und als Mittelschichtkind der Sechziger Jahre habe ich schon früh die gesellschaftlichen Unterschiede beobachtet. Beides hat mich politisiert. Jahre später war ich Teil der Widerstandsbewegung gegen den Waffenplatz Neuchlen-Anschwilen. Einige politische Engagements später war es für mich ein folgerichtiger Schritt, mich aktiv in die Politik meiner Heimatstadt einzumischen.

Du hast verschiedene Ämter und Kandidaturen hinter dir. So warst du die erste Sozialdemokratin, die das Amt der Stadtparlamentspräsidentin bekleidete. Was war auf diesem politischen Weg jeweils ausschlaggebend, um ein neues Amt anzupacken?
Die Grundwerte und Ziele der Sozialdemokratie sind mir ein Anliegen, diese wollte ich einbringen. Zudem bin ich dankbar für das, was die Genoss*innen vor uns geleistet haben und auch dafür, schon jetzt die Kraft der jungen zukünftigen Generation zu spüren. Das hat mich immer angetrieben, mich im Hier und Jetzt einzusetzen.

Wie blickst du mit Bezug auf Erfolge und Misserfolge auf die Zeit im Stadtparlament zurück?
Ich denke mehr in Prozessen als in Erfolgen und Misserfolgen. Das ist in einem bürgerlichen Parlament nützlich, denn die Erfolge sind für uns Linke rar, dafür freuen sie doppelt. Misserfolge können manchmal Denkprozesse und einen zukünftigen Erfolg auslösen.

Die bürgerlichen Kräfte dominieren die Stadtpolitik in Gossau bereits seit Jahrzehnten. In welchen Bereichen konntest du in den letzten Jahren trotzdem einen politischen und gesellschaftlichen Wandel erkennen?
Ein Beispiel: Noch 2019 haben wir von der SP-Fraktion umwelt- und klimabezogene Vorstösse eingereicht, welche jeweils von bürgerlichen Parlamentsmitgliedern lächerlich gemacht und vehement abgelehnt wurden. Im September 2021 gelang es jedoch, während der Parlamentssitzung eine Photovoltaik-Anlage auf einem öffentlichen Neubauprojekt durchzubringen. Ein kleines Zeichen, aber bemerkenswert. Ich sehe es in einer Reihe weiterer Zeichen eines gesellschaftspolitischen Wandels.

Im Stadtparlament sind nicht nur die Parteien rechts der Mitte überrepräsentiert, sondern mit 22 von 30 Sitzen auch die Männer. Welchen Widerständen und Vorurteilen musstest du als linke Frau begegnen?
Ich bin vielen Widerständen und Vorurteilen begegnet, von denen wir Frauen und besonders wir linken Frauen ein Lied singen können. Wir haben jedoch gelernt, öfters den Gegenwind zum Segel setzen zu nutzen. Vielleicht macht steter Widerstand besonders widerstandsfähig.

Monika Gähwiler-Brändle hat sich stets für die Interessen der Schwächeren in unserer Gesellschaft eingesetzt.

Bild: Käti Blumer

Bild: Hydra-Institute GmbH / Lebendiger Alpenrhein

Der aufgeweitete Alpenrhein (rechts in einer Visualisierung gegenüber dem Ist-Zustand, links) im Grenzabschnitt FL/SG. Diese Aufweitung ist im Entwicklungskonzept Alpenrhein vorgesehen. Dieses Ziel müsste man begraben, wenn Rheinkraftwerke gebaut würden.

Rheinkraftwerke im Widerspruch zu einer nachhaltigen Umweltpolitik

Beidseits des Rheins, in St.Gallen und Liechtenstein, fordern Vorstösse von Rechts die Regierungen auf, sich mit Varianten von Rheinkraftwerken zu befassen. An sich verständlich ist der Wunsch nach erneuerbarer Energie aus regionaler Wasserkraft.

Weniger verständlich ist, dass die Promotoren des neuesten Vorstosses die Ergebnisse zahlreicher früherer Projektstudien nicht kennen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Denn: Neue Erkenntnisse, die eine Wiederaufnahme rechtfertigen, liegen nicht vor. Mitte der 1970er-Jahre wurden Ideen vertieft, am Alpenrhein zwischen Chur und Bodensee Kraftwerke zu realisieren. Schon bald regte sich Widerstand und spätestens mit der Einreichung des Konzessionsgesuchs im Jahr 1981 nahm die Organisation der Kritiker Fahrt auf. Mit Exkursionen «zur Erläuterung der Naturwerte am Alpenrhein» und Podiumsdiskussion versuchten Umweltverbände in beiden Ländern die Bevölkerung zu sensibilisieren. 1982 formierte sich die Vereinigung zum Schutze des Rheins (VSR). Die Mobilisierung war erfolgreich: Gegen das Konzessionsgesuch wurden rund 350 Einsprachen eingereicht – eine davon mit 823 Unterschriften. Volksfeste sollten grosse Teile der Bevölkerung für den Schutz des Alpenrheins und die Anliegen der VSR sensibilisieren. Das jährliche Rhy-Fäscht lockte von 1986 bis 1991 jeweils zahlreiche Besucher an. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung sollte 1991 das Projekt stützen, dieser Bericht hielt aber der fundierten Überprüfung durch die Umweltverbände nicht stand. 1993 bat die St.Galler Regierung den Bund, dem Konzessionsgesuch nicht stattzugeben. Im Jahr darauf folgte auch aus Vaduz eine Absage. Offiziell gaben Umweltbedenken den Ausschlag, doch auch der Druck der Umweltverbände und der breit abgestützte Widerstand aus der Bevölkerung dürften Wirkung gezeigt haben (Quelle: Werdenberger Geschichte|n 3/2021. S. 248-267).

Wasserkraftwerke stören Gewässerdynamik

Die vertiefte Auseinandersetzung mit den Projekten zeigte, dass Wasserkraftwerke die Gewässerdynamik massiv stören würde und das Grundwasser für die Landwirtschaft und Trinkwassergewinnung langfristig und irreparabel gefährdet wäre. Durch die Klimaerwärmung sind zahlreichere und grössere Hochwasserereignisse zu erwarten. Deshalb ist die Sicherheit umso wichtiger.

Am ganzen Rhein, von Chur bis zur Mündung in Holland, gibt es Diskussionen und Projekte für eine Aufwertung seiner Flusslandschaften. In unserer Region sind sie sogar in der Abschlussphase. Zu diesen aktuellen Zielsetzungen steht die Energiegewinnung im Widerspruch. Weitere, wenig aussichtsreiche Abklärungen, würden die laufenden Anstrengungen für eine Revitalisierung des Rheins als natürliches Fliessgewässer auf die lange Bank schieben.

Eine aktive Umwelt- und Energiepolitik, die diesen Namen verdient, sieht anders aus! So bleibt der Verdacht, dass es sich bei den Vorstössen um blosse Effekthascherei, eine PR-Aktion ohne reale Grundlage und nicht um einen realistischen Beitrag zur Energie-Diskussion handelt.

Sepp Gähwiler, SP-Kantonsrat aus Buchs und Otto Ackermann

Weltweiter Frauenwiderstand gegen Ausbeutung und Gewalt

Frauen leisten Widerstand gegen geschlechtsspezifische Gewalt, patriarchale Machtstrukturen und Unterdrückung. International wird mit viel zu kraftlosen Resolutionen versucht, die Frauen zu stärken. So verlangt die UN-Resolution 1325 «Frauen Frieden Sicherheit» eine breite Partizipation von Frauen an der Politik und der Gesellschaft.

Derzeit versucht ein nationales Frauenkomitee den Bundespräsidenten und Aussenminister Ignazio Cassis dazu zu bringen, sich persönlich für eine bedingungslose Freilassung von Natallia Hersche einzusetzen. Als sich Anfang August 2020 Alexander Lukaschenko als Wahlsieger bei den belarusischen Präsidentenwahlen bezeichnete, lief das Fass über. Der Wahlbetrug war offensichtlich. Lukaschenko hatte verhindert, dass die OSZE eine Wahlbeobachtungsmission ins Land schicken konnte. Der vorausgehende Wahlkampf war geprägt von einer starken Opposition, angeführt von drei Frauen, die eine enorme Unterstützung erfuhren. Die Bilder der solidarischen Frauenmärsche gingen um die Welt. Zu Tausenden ging die Bevölkerung auf die Strasse. Lukaschenko ging mit brutaler Gewalt gegen sie vor. Das EDA und andere westlichen Mächte riefen Lukaschenko zur Mässigung auf. Seither wurden fünfmal Sanktionen gegen ihn und seine Leute verhängt.

Von Claudia Friedl, Nationalrätin SP

Natallia Hersche setzt Widerstand fort

Der Widerstand ging nach den Wahlen weiter. Am 19. September 2020 fand eine friedliche Frauendemonstration in Minsk statt. Wieder ging die Polizei brutal gegen die Demonstrierenden vor. Dabei wurde die schweizerisch-belarusische Doppelbürgerin Natallia Hersche verhaftet. Seither sitzt sie im Gefängnis. In einem Schauprozess wurde sie zu zwei Jahren und sechs Monaten Haft verurteilt – für nichts. Wie ihr erging es inzwischen fast tausend Personen. Die Haftbedingungen sind katastrophal, insbesondere für Frauen. Sie leben unter ständiger Androhung geschlechtsspezifischer Gewalt. Von parlamentarischer Seite wurde das EDA immer wieder angehalten, alles zu tun, um Natallia Hersche freizubekommen. Die diplomatischen Versuche endeten aber nur darin, dass Natallia Hersche ein Gnadengesuch an Diktator Lukaschenko stellen muss. Ein unmögliches Vorgehen für sie, würde sie doch damit ihre Schuld bekennen!

Solifonds unterstützt Frauen beim Widerstand

Eine Organisation, die sich seit den 1980er-Jahren der Befreiung aus materieller Armut, politischer Unterdrückung, sozialer Entrechtung und wirtschaftlicher Ausbeutung widmet und dabei stark die Frauenbewegungen unterstützt, ist Solifonds, ein Kampffonds von Gewerkschaften und SP. Rund acht Millionen Menschen, die meisten von ihnen Schwarze Frauen, arbeiten in Haushalten der Mittel- und Oberschicht, viele von ihnen seit Kindesalter. Das Verhalten ihnen gegenüber hat sich seit der Kolonialzeit und der Sklaverei wenig verändert. Nach Amtsantritt des Rechtsaussenpräsidenten Bolsonaro nahm offene Gewalt gegen Schwarze, Indigene, LGBTIQ-Personen und speziell auch gegen Frauen beängstigend zu. Während der Covid-19-Pandemie verloren zudem viele Hausarbeiterinnen ihre Arbeit oder sie durften das Haus ihrer Arbeitgeber gar nicht mehr verlassen. Umso wichtiger ist es, die Hausarbeiterinnen in ihrem noch schwieriger gewordenen Widerstand gegen die, die ihnen die Rechte verwehren, zu unterstützen.

Solifonds unterstützt jedes Jahr dutzende solcher Bewegungen: www.solifonds.ch

Der Solifonds unterstützt Hausarbeiterinnen in Brasilien in ihrem noch schwieriger gewordenen Widerstand.

Bild: Solifonds

Bild: Feministischer Streik St.Gallen

Der Frauenstreik 2019 war ein kraftvolles Zeichen gegen jede Schwächung der Renten der Frauen.

Von der Strasse bis zur Urne: NEIN zur AHV- Reform!

Das bürgerliche Parlament lässt nicht locker mit den Angriffen auf die Altersvorsorge. Es ist klar: Als Feminist*innen bekämpfen wir jede Vorlage, die auf Kosten der Arbeiter*innen geht.

Die AHV21 will das Rentenalter sowohl bei der AHV als auch bei der 2. Säule für alle auf 65 Jahre festsetzen. Die Reform schlägt unter dem Deckmantel der Gleichstellung Massnahmen vor, die Frauen stark benachteiligen, sie dazu zwingen, länger zu arbeiten, obwohl sie bereits durch das aktuelle System benachteiligt sind.

Von Ronja Stahl, Co-Präsidentin SP Wil

Mit der Erhöhung des Rentenalters für Frauen auf 65 muss in erster Linie die weibliche Bevölkerung für die Fehlkonstruktion der 2. Säule bezahlen. Frauen erhalten bereits jetzt über 30 Prozent tiefere Löhne und etwa einen Drittel tiefere Altersrenten. Zudem sind rund 500'000 lohnabhängige Frauen nicht in der 2. Säule versichert und deshalb umso mehr auf die AHV angewiesen – sie ist in ihrem Fall die einzige Altersvorsorge. Von der Care-Arbeit, die Frauen insbesondere auch nach ihrer Pension weiterhin unbezahlt leisten, ganz zu schweigen. Hinter dieser Reform steckt aber auch die Absicht, Voraussetzungen für weitere Erhöhungen des Rentenalters auf 67 und später auf 70 Jahre zu schaffen – sie schadet also allen Lohnabhängigen, nicht nur den Frauen.

Streikbewegung gegen Rentenabbau

Die feministische Streikbewegung wird sich vehement gegen jeden Rentenabbau wehren. Wir werden uns gegen jede Abbaumassnahme stellen, die auf Kosten der Arbeiter*innen gehen soll. Das Parlament hat mit dieser Reform wieder einmal mehr gezeigt, dass es die Interessen des Kapitals und der Grosskonzerne an erster Stelle stellt und nicht das Wohl der Bevölkerung.

Im National- und Ständerat hatte die Linke gegen die bürgerliche Übermacht mit ihrem Prostest erneut keine Chance. Sogar dringend notwendige Kompensationsleistungen wurden noch weiter gekürzt. Es zeigt sich: Mit den aktuellen Mehrheitsverhältnissen ist echte Veränderung schwierig bis unmöglich. Wir leben in einem kapitalistischen, patriarchalen System, das gewisse Personen systematisch unterdrückt. Dieses System können wir nur verändern, indem wir es gleichzeitig von innen und aussen – also auch ausserparlamentarisch – bekämpfen.

Unser Ziel muss es sein, in der Gesellschaft eine grösstmögliche Öffentlichkeit für diese Missstände zu schaffen. Unser Widerstand muss dabei auch ausserhalb des Parlaments sichtbar und laut sein. Wie kann das gelingen? Durch stete Präsenz auf den Strassen – mit Demonstrationen, aber auch mit Aktionen. Durch Präsenz in den Medien – über Social Media oder die klassischen Print- und Nachrichtenplattformen. Durch persönliche Gespräche beim Znüni, während der Mittagspause oder mit unseren Nachbar*innen und Grosseltern.

Kämpfen wir also gegen dieses unsägliche Abbaupaket. Ob auf der Strasse, vor dem Bildschirm, im Ratssaal oder an der Urne!

Widerstand gegen die bürgerlic
Abbaupläne in der Altersvorsor

Die Altersvorsorge ist unter Beschuss. Bundesrat und Parlament woll
Argument der Gleichstellung die Finanzierungslücke in der AHV in er
Frauen mit der Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre durch
der erste Schritt sein bei der Rentenaltererhöhung.

Mit Powerlobbying torpediert die Finanz- und Versicherungsbranche den ausgewogenen Kompromiss bei der beruflichen Vorsorge und fordert zudem schamlos einen Ausbau des privaten Sparens in der 3. Säule. Diese unsozialen und unsolidarischen Projekte und die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge bekämpfen wir erbittert. Die finanzielle Schlechterstellung der Frauen in der Altersvorsorge beträgt über 60 Prozent; die jüngste Medienmeldung im Januar 2022 zeigt auf, dass der Gender-Pension-Gap noch grösser geworden ist und die 2. Säule-Renten der Frauen um durchschnittlich 900 Franken schlechter ist als die der Männer. Der Handlungsbedarf ist gross, doch die Lösungen für Verbesserungen für die Frauen werden auf die lange Bank geschoben. Wenn sie dann kommen, müssen sie dann zu einem grossen Teil von den Frauen über zusätzliche Lohnabzüge selbst finanziert werden.

Von Barbara Gysi, Nationalrätin SP Kanton St.Gallen

«Selber Finanzieren» ist die Losung der bürgerlichen Mehrheit in Bundesbern. Schleichende Privatisierung der Altersvorsorge und Privatisierung der Finanzgewinne der Finanz- und Versicherungsbranche nenne ich das. Warum? In der Wintersession 2021 wurde die Reform der zweiten Säule, der beruflichen Vorsorge (BVG) im Nationalrat in Angriff genommen. Ein Powerlobbying der Banken, allen voran der UBS, und der Versicherungsbranche ging dem voran. Der austarierte Kompromiss, den die Sozialpartner ausgehandelt hatten und den der Bundesrat übernahm, wurde zerpflückt und die solidarischen Elemente herausgebrochen. Die Umwandlungssatzsenkung im BVG-Obligatorium sollte durch einen Lohnzuschlag für alle finanziert und Rentenzuschläge für alle damit finanziert werden. Von den Rentensenkungen sind alle betroffen, viele haben bereits in den Vorjahren durch Umwandlungssatzsenkungen in ihren Pensionskassen massive Einbussen erlitten. Dieser Kompromiss passt der Finanzbranche nicht. Gleichzeitig drückten sie in dieser Vorlage auch noch höhere Einzahlungen für die 3. Säule durch und in der 2. Säule sollen bei einer Pensenreduktion zusätzliche Einzahlungen möglich sein – zwei Mittel zur Steueroptimierung von Gutverdienenden.

Bild: SP Schweiz

Barbara Gysi an der Einreichung der Initiative für eine 13. AHV-Rente

hen
rge

en mit dem fadenscheinigen rster Linie durch die drücken. Das soll aber nur

Der Druck auf das Parlament war maximal und ging über das übliche Mass mit E-Mails und Briefen hinaus. Kolleg*innen berichteten mir, dass sie in Einzelgesprächen hart angegangen wurden. Die Banker scheuten auch nicht davor zurück, zu behaupten, dass gewisse Personen das Gespräch verweigert hätten, obwohl sie zuvor sehr wohl miteinander gesprochen hatten. Das Powerlobbying führte dazu, dass die Vorlage kippte. War vor der Sommerpause 2021 der Bundesratsvorschlag noch knapp mehrheitsfähig, war er das nach den Sommerferien nicht mehr. Bei der FDP hatten die welschen Vertreter die Position gewechselt. Noch schlimmer dann die Wintersession: Da kippte auch die GLP, die in der Kommission noch zu vermitteln versuchte und mit uns stimmte. Die Debatte im Erstrat brachte dann die erwarteten Abbruch-Beschlüsse. Gekürzte Rentenzuschläge, die nur noch einem Bruchteil der BVG-Rentner*innen zugutekommen. Wer nur schon wenig über dem Obligatorium versichert ist, ist geprellt. Betroffen sind auch viele Frauen mit Teilzeitpensen und Minipensionskassenlösungen. Zudem werden die Zuschläge nicht mehr zentral finanziert, was einkommensschwache Branchen benachteiligt. Unsere Bemühungen für Lösungen in diversen Gesprächen scheiterten. Mitte-Rechts hat sich dann aber auf die Seite der Finanzbranche geschlagen. So hat die BVG-Vorlage keine Chance.

Die Frauen sind bei den Vorlagen zur ersten und zweiten Säule die grossen Verliererinnen. Die versprochene Besserstellung im BVG, mit der man ihnen die Rentenaltererhöhung «schmackhaft» machen wollte, wird nicht realisiert. Die Rentenlücke in der Altersvorsorge bleibt riesig und beträgt gesamthaft rund 14 Milliarden jährlich. Die Lohngleichheit, also die zentrale Forderung der Frauenbewegung, wird nach wie vor nicht umgesetzt und kostet die Frauen jährlich rund 90 Milliarden. Zum Dank, dass viele Frauen in der Coronapandemie den Alltag gestemmt, die Kinder im Homeschooling betreuten, ihre Pensen in der Pflege erhöhten und generell zwei Drittel der unbezahlten Care-Arbeit leisten, sollen sie jetzt auch noch für die finanziellen Herausforderungen der AHV bezahlen und ein Jahr länger schuften, bis sie in Rente gehen können.

Da machen wir nicht mit und bekämpfen deshalb AHV21 an der Urne. Wir engagieren uns für anständige Renten und eine sichere AHV.

Hinter der Fassade des Bundeshauses führten die privaten Rentenversicherer ein eigentliches Power-Lobbying durch. Leider mit Erfolg. Die SP kämpft dagegen - für anständige Renten und eine sichere AHV.

Bild: Guido Berlinger-Bolt

Feministischer Widerstand – was heisst das?

Dore Heim ist Historikerin und pensionierte Gewerkschafterin. Im In Frauen* den feministischen Widerstand führen und bettet ihn in eine

Von 1999 bis 2012 hast du die Fachstelle für Gleichstellung der Stadt Zürich geleitet. Bis 2020 warst du beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund tätig. Was bedeutet Widerstand für dich?
Widerstand ist kein Wort der Defensive, sondern die Beschreibung eines aktiven Zustands, einer Entscheidung, die viel Mut braucht.

Wo zeigt sich dir im Alltag des Jahres 2022 Widerstand der Frauen gegen das «HERRschende» System?
Es gibt eine Zeitrechnung vor der Covid-Pandemie und eine, die seither noch andauert. Vor der Pandemie war das Jahr 2019: Mit dem zweiten Frauenstreik ist nochmals die ganze Schweiz in Bewegung geraten. Es ist entgegen allen pessimistischen Voraussagen gelungen, Frauen und Männer aus allen Generationen und aus fast allen sozialen Schichten auf die Strasse zu bekommen. Für Gerechtigkeit, für Solidarität und gegen Gewalt. Ich bin überzeugt, dass die Mobilisierung dafür in der Zeitrechnung nach der Pandemie wieder erstarkt.

Wer führt den Widerstand an? Was sind das für Frauen?
2019 waren es regionale Komitees, die den Frauenstreik lanciert haben. Junge Frauen, weder parteipolitisch gebunden noch gewerkschaftlich organisiert. Plakativ gesprochen: Es waren die Mütter, die den ersten Frauenstreik von 1991 organisiert haben. Und damit viel in Bewegung setzten, aber die Ungleichheiten blieben – beim Lohn und bei der schlecht oder gar nicht bezahlten Betreuungs- und Pflegearbeit. Und es bleibt die bedrückende Gewalt gegen Frauen, im privaten Umfeld, im öffentlichen Raum und im Erwerbsleben. Diese Malaise hat die Wut und das Engagement der jungen Frauen, „der Töchter", angestachelt. Die regionalen Komitees haben gemeinsam mit den Gewerkschafterinnen für den Frauenstreik mobilisiert.

Welcher Formen bedient sich der aktuelle Widerstand? Wie unterscheidet er sich gegenüber dem Widerstand von früher?
Die Mobilisierung im öffentlichen Raum und in den sozialen Medien ist zentral. Die Frauen organisieren sich noch immer in Gruppen, wenn auch nicht in bestehenden Vereinen oder Parteien. Kommuniziert wird heute weniger über Flugblätter und Zeitungen (aber auch das gibt es noch) als eben via soziale Medien. Die Unterschiede sind weniger gross als man meinen könnte. Die Widerstandsformen sind alle schon erprobt worden, die Techniken haben sich geändert.

Machen diese neuen Formen den Widerstandskampf einfacher? Oder eher schwieriger für die einzelne Kämpferin?
Die Dynamik der Mobilisierung hat sich ungeheuer beschleunigt, das ist ein echter Vorteil. Für das Dranbleiben und die Verbindlichkeit braucht es aber noch immer den Zusammenhalt in Gruppen.

Wo hat der feministische Widerstand seinen Ursprung? Woran orientiert er sich?
Das ist so pauschal nicht zu beantworten, denn es gab immer die Feministinnen, die sich miteinander organisierten und daneben die Einzelkämpferinnen. Iris von Roten war eine Einzelkämpferin mit maximaler Sichtbarkeit, sie provozierte mit ihrer konsequenten Haltung, sie pub-

Historikerin Dore Heim ist geschäftsführende Sekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund.

Bild: zVg. Dore Heim

nterview führt sie aus, welche n historischen Kontext ein.

lizierte ihre schonungslosen Analysen und hat sicher sehr viele Frauen zum Nachdenken und für sich Einstehen gebracht. Andere haben sich immer in Vereinen organisiert, in Arbeiterinnenvereinen, in Frauenorganisationen der Parteien, in Frauenzentren, in eigenen feministischen Parteien. Feminismus heisst, für die Ermächtigung der Frauen einstehen und je nach Ort und Zeitpunkt brauchte dies viel Mut: Es war und ist ein grosses Wagnis bis hin zur Selbstgefährdung.

Kannst du ein Beispiel einer solchen Selbstgefährdung nennen?
Historisch gesehen waren die Pionierinnen des Frauenstudiums extrem mutig. Die soziale Ausgrenzung, die familiäre Ablehnung, die prekäre Existenz waren häufig die Folge dieses gewagten Schritts. Und wie oft sehen wir noch heute hier in der Schweiz, dass Frauen, die sich gegen ihre Lohndiskriminierung zur Wehr setzen, aus dem Betrieb raus gedrängelt werden, verunglimpft werden, ihre berufliche Existenz aufs Spiel setzen!

Welche Rolle spielen die Männer in der feministischen Bewegung?*
Eine wichtige. In der ganzen Geschichte der feministischen Bewegung in der Schweiz war es immer wieder entscheidend, dass sich Männer an die Seite der Frauen stellten, dass sie Türen öffneten und den Weg ebneten. Nur waren es immer wenige.

Wie wichtig sind die Transidentitäten für den feministischen Widerstand?
Diese Thematik löst durchaus gewisse Fragen aus: Stärkt der Einbezug der Transidentitäten die feministische Bewegung oder droht das politische Subjekt Frau dadurch zu verschwinden? Transidentitäten sind eine Realität, der ich mich auch ganz persönlich stelle, denn ich habe mich zeitlebens an der Geschlechterdualität orientiert. Es ist verblüffend, wie stark dies der Orientierung dient. Für die Bewegung ist es sinnstiftend, die Verbindungen zu suchen und die Auseinandersetzung nicht zu scheuen.

Wo siehst du die Gründe für diese Solidarität mit anderen Bewegungen? Ist diese Fähigkeit zur Solidarität, zur Verbündung ein Merkmal des feministischen Widerstands?
Gerade, weil Frauen die Erfahrung als Minderheit, das Erleben von Diskriminierung und Gewalt von Generation zu Generation weitergeben, sind sie mehr als Männer empfänglich für Appelle und Forderungen anderer Minderheiten. Das ist ein soziologisches Phänomen, das überhaupt nicht auf jede Frau zutreffen muss. Es gibt mit Sicherheit genauso viele rücksichtslose Frauen wie empathische Männer.

Was sind aus deiner Sicht die grossen Bruchlinien innerhalb der feministischen Bewegung? Gewiss gab es Verrat und Spaltung?
Es gab nie die „eine" Bewegung, sondern es gab immer Phasen, in denen viele Bewegungen aktiv waren, die sich teils heftig bekämpften. Der Kampf um das Frauenstimm- und wahlrecht ist ein gutes Beispiel dafür. Nur in wenigen Momenten kämpften die Frauen aus den verschiedenen politischen Lagern miteinander. Häufiger haben sie sich voneinander distanziert oder sich angefeindet.

Was sind aus deiner Sicht die grossen Erfolge des feministischen Widerstands?
Alles, was wir Frauen heute an persönlichen Möglichkeiten zur Lebensgestaltung haben, verdanken wir Feministinnen. Auch die linke Bewegung und die Gewerkschaften, die bis weit in die Mitte des 20. Jahrhunderts immer von Männern dominiert waren, hätten sich sonst nie für die Forderungen der Frauen eingesetzt.

Das Gespräch führte Irene Haag-Nessensohn, Kantonaler Gewerkschaftsbund St.Gallen

Gerechte Chancen für alle Menschen

Laura Bucher wurde 2020 in den St.Galler Regierungsrat gewählt und steht seither dem Departement des Innern vor. Das links hat die SP-Regierungsrätin kurz vor Amts-Halbzeit befragt.

Als Sozialministerin hast du Covid-19-Härtefallgelder und Geld für Sofortmassnahmen beantragt und verteilen können. Grosse sozialpolitische Erfolge in der momentanen Situation.
Ja, darüber bin ich glücklich. Wir konnten so die von der Pandemie am meisten Betroffenen unterstützen: Kulturschaffende, Kulturunternehmen, Behinderteninstitutionen, Kindertagesstätten, Familien und Geringverdienende.

Der Slogan Deines Wahlkampfs lautete «Wandel – Chancen – Gerechtigkeit». Auf den «Wandel» zu setzen, fand ich im Nachhinein recht riskant – angesichts der grössten Gesundheitskrise der jüngeren Geschichte, wo die Menschen doch automatisch mehr Sicherheit wünschen. Wie siehst Du das im Rückblick?
Natürlich waren und sind die soziale Sicherheit und eine umfassende Gesundheitsversorgung in dieser Krisensituation sehr wichtig. Die Krise hat aber auch gezeigt, dass in vielen Bereichen ein Wandel nötig ist, etwa was den Stellenwert von Pflegeberufen und die soziale Situation von Kulturschaffenden angeht. Es ist zudem wichtig, Perspektiven des Wandels jenseits der Krise aufzuzeigen.

Aber die «Chancen» rückten angesichts der Pandemie doch rasch in den Hintergrund. Es ging und geht immer noch um Schadensbegrenzung und nicht um die Schaffung von Chancen. Oder täuschen wir uns?
Auch in der Pandemie ist der Begriff der Chance wichtig. Die Pandemie hat uns allen vor Augen geführt, dass der Wandel das Leben aller Menschen betrifft. Mein Anspruch ist es, diesen Wandel so zu gestalten, dass wir uns weiterhin auf die bewährten Grundwerte und Leistungen unseres Staates verlassen können, etwa die Solidarität, die soziale Sicherheit und die Chancengleichheit. In gewissen Bereichen, etwa der Digitalisierung, haben wir just wegen der Krise wichtige Schritte nach vorne gemacht.

Wo siehst Du in der Sozialpolitik den dringendsten Handlungsbedarf?
Zunächst einmal beim Stellenwert der Sozialpolitik insgesamt. Sie prägt nicht nur unser Zusammenleben und legt die Basis für die gesellschaftliche Entwicklung, sondern ist auch eine aktive Wirtschaftspolitik, wenn es etwa um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht oder den Umgang mit den demografischen Herausforderungen. Im Altersbereich wie auch im Behindertenbereich gilt es, bestehende Strukturen und Angebote vor allem aus Sicht der Betroffenen zu analysieren und weiterzuentwickeln. Individualisierung und Flexibilisierung sind hier die Stichworte. Und dann meine ich auch, dass wir dringend über Armut sprechen sollten. Es gibt Armut, auch in unserem Kanton – sie ist oft nur nicht sichtbar.

Viele Sorgen dürften Dir in der Pandemie die St.Galler Alters- und Pflegeheimen und die Institutionen bereitet haben. Es kam zeitweise zu vielen Covid-Ansteckungen und Todesfällen.
Das war eine schwierige Zeit. Wir haben sofort reagiert und eine Pflegeexpertin im Amt für Soziales angestellt, die die Heime in dieser schwierigen Zeit in Fragen der Hygiene unterstützt und begleitet. Ihre Beratung vor Ort wird von den Heimen nach wie vor rege genutzt sehr geschätzt.

In der Kulturpolitik, ebenfalls im DI angesiedelt, scheinen die grossen Leuchtturm-

Laura Bucher mit ihrer aus Italien eingewanderten Grossmutter; deren Erfahrung von Diskriminierung und Chancenungleichheit sind ein starkes Motiv für Laura Buchers politische Arbeit.

Bild: Still aus dem Kampagnenfilm von Luca Schmid.

Bilder: Guido Berlinger-Bolt

10. März 2020, Katharinensaal, St.Gallen: Laura Bucher wird von den Parteitagsdelegierten einstimmig für den zweiten und entscheidenden Wahlgang nominiert.

Die Partei geeint hinter der Regierungskandidatin.

projekte allesamt auf gutem Weg: Die Erneuerung des St.Galler Theaters zum Beispiel läuft, bald wird am Schwendisee im Obertoggenburg mit dem Bau des Klanghauses begonnen.
Wir sind auf Kurs. Bei so aussergewöhnlichen Bauvorhaben gibt es natürlich immer bis am Schluss Unsicherheitsfaktoren.

Die massgeblichen politischen Entscheide zum Bau der neuen Bibliothek am Blumenmarkt stehen hingegen noch aus.
Ja, aber ich habe ein gutes Gefühl. Ich führe dazu bereits viele Gespräche. Auf diese moderne Public Library mitten in der Stadt, die allen offensteht und ein Zentrum für Bücher, digitale Medien, Bildung und Kultur werden soll, freue ich mich schon sehr.

Ich habe Dich als Kantonsrätin und Fraktions-Co-Präsidentin der SP als offenen Menschen kennengelernt, als Frau, die auf andere zu- und eingeht, zuhört, analysiert.. Wie arbeitet die Regierungsrätin Laura Bucher konkret?
Nehmen wir das Bibliotheksprojekt als Beispiel. Ganz im Sinn unserer neuen Departementsstrategie "Bedürfnisse erkennen, Teilhabe und Chancen ermöglichen" führen wir ein Partizipationsverfahren durch, um die Angebote der neuen Bibliothek noch besser auf die Bedürfnisse im ganzen Kanton abzustimmen. Ich will Entscheidungen nicht allein im stillen Kämmerlein fällen, sondern gemeinsam mit den Expert*innen in den Ämtern und vor allem auch im Austausch mit den Direktbetroffenen und Anspruchsgruppen. Weitere Beispiele dafür sind u.a. der Kulturdialog mit den Kulturschaffenden und -Institutionen, den wir schon zweimal digital durchgeführt haben oder der neue Runde Tisch Vereinbarkeit, an dem wir gemeinsam mit den Arbeitgebenden, den Gewerkschaften, den Gemeinden, den Frauen- und Familienorganisationen und allen involvierten kantonalen Stellen überlegen, wie wir in diesem Thema einen Schritt weiterkommen.

Der St.Galler Polit-Mainstream verläuft deutlich rechts von der Mitte; seine einzige Losung lautet seit Jahren «Sparen». Wie wirkt sich das auf Deine Arbeit aus? Sind unter solchen Bedingungen politische Projekte für die Standortqualität unseres Kantons, also mit Sozial- und Kulturbezug überhaupt möglich?
In ihrer Schwerpunktplanung und auch mit dem Ressourcenbericht hat die Regierung deutlich gemacht, dass sich die Standortattraktivität nicht nur alleine am Steuerfuss messen lässt. Für einen attraktiven Wohn- und Arbeitsstandort braucht es auch ein vielfältiges Kulturangebot und ein flächendeckendes Angebot an familienergänzender Betreuung für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Investitionen in diesen Bereichen lohnen sich, davon bin ich überzeugt. Zudem ist unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem grundsätzlich auf den sozialen Frieden und Ausgleich sowie auf den Einbezug aller angewiesen. Auch viele bürgerliche Politiker*innen haben das bereits oder wieder verstanden. Die anderen erinnere ich gerne immer wieder daran.

Das Gespräch mit Laura Bucher führte der Politische Sekretär der SP Kanton St.Gallen, Guido Berlinger-Bolt. Der zweite Teil des Interviews erscheint auf der Website der SP SG: www.sp-sg.ch - dort spricht Laura Bucher über den Wahlkampf, der vor zwei Jahren in die heisse Phase eintrat.

*Die Politiker*innen der SP im Mittelpunkt der Posts der SP Kanton St.Gallen. Und eine klare, einfache Sprache.*

Bild: SP St.Gallen

The Sozi-Network

In der politischen Arbeit setzt die SP zunehmend auf soziale Medien. Facebook, Instagram und Co. bieten neue Möglichkeiten, gleichzeitig steigt durch deren Nutzung die Abhängigkeit von Milliardenkonzernen. Die Skizzierung eines Widerspruchs.

Wenn Jacqueline Badran in der Arena ein «es schisst mich ah!» in Richtung Bürgerliche schleudert, dann bleibt diese Szene nicht nur den SRF-Zuschauer*innen vorbehalten. Innert Minuten werden erste Clips ins Netz gestellt, geteilt, Medien stürzen sich darauf und schon bald weiss das halbe Land Bescheid. Soziale Medien haben die Art und Weise, wie wir kommunizieren, wie wir uns informieren und wie Informationen verbreitet werden grundlegend verändert. Ein Internetanschluss genügt, um potenziell Millionen von Menschen zu erreichen – gewollt oder ungewollt.

Von Florin Schütz, Verantwortlicher Social Media SP Schweiz

Das haben auch politische Parteien, inklusive SP inklusive, bemerkt: Parlamentarier*innen berichten direkt aus dem Bundeshaus, Cédric Wermuth beantwortet auf Instagram tausende Fragen, Unterschriftensammlungen finden über Online-Tools statt, Mediengeschichten werden über Tweets aufgegleist und die Neumitglieder-Rekrutierung läuft im virtuellen Raum auf Hochtouren. Die Vorteile sind unbestritten: Über soziale Medien können wir niederschwellig Menschen mit unseren Inhalten erreichen, es ist im Gegensatz zu klassischer Werbung keine Einbahn-Kommunikation, wir können schnell und kostengünstig kommunizieren, erreichen eine jüngere Zielgruppe und können insgesamt unsere Partei beziehungsweise die linke Bewegung stärken.

Ein Traum also, wäre da nicht die andere Seite der sozialen Medien. Facebook und Co. haben inzwischen eine beängstigende Macht. Die Algorithmen der grossen Plattformen können Wahlen und Abstimmungen entscheidend beeinflussen, Menschen in eine Filterblase voller Fake-News führen, Existenzen vernichten. Facebook und Google wissen vermutlich mehr über dich als die meisten deiner Freund*innen und sie machen Milliarden, indem sie diese Daten verkaufen. Und wenn wir als SP viele Menschen erreichen wollen, sind wir fast gezwungen, diese Daten zu nutzen und gezielt Werbung mit unseren Inhalten zu schalten – das kann zwar die SP als Partei stärken, füllt aber gleichzeitig Bank- und Datenkonto der Milliardenkonzerne hinter den Plattformen. Ein Teufelskreis.

Es gibt auch Alternativen: Werbefreie, Open-Source-Plattformen mit vernünftigem Datenschutz. Bloss nutzt die kaum jemand. Nicht weil sie schlechter wären, sondern aufgrund des «Netzwerkeffekts». Der Nutzen von Online-Plattformen wie Facebook ist nur bei einer hohen Anzahl Nutzer*innen gegeben. Solange nicht die Mehrheit auf andere Plattformen wechselt, halten Facebook und Co. ihre Vormachtstellung.

Wenn wir als SP soziale Medien für unseren Aktivismus nutzen, befinden wir uns also in einem stetigen Widerspruch. Sollen wir deshalb gänzlich auf Social-Media-Arbeit verzichten? Nein. Individueller Boykott wird das Problem nicht lösen, vielmehr müssen wir uns mit allen Mitteln dafür einsetzen, dass die grossen Online-Monopole endlich durch wirksame Regulierungen zerschlagen und unter öffentliche Kontrolle gebracht werden. Denn das Problem sind nicht die sozialen Medien an sich, das Problem ist einmal mehr unser profitgesteuertes Wirtschaftssystem.

Denkmalpflege im Abseits – warum ist sie unserem Kanton nicht mehr wert?

Mit einer Änderung im kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) sollen alle Entscheide über Schutzobjekte an die Gemeinden übertragen werden – auch Entscheide über Objekte, die unter Bundes- und kantonalem Schutz stehen.

Acht Schutz- und Fachverbände – Heimatschutz, SIA, BSA, Werkbund, Architekturforum, WWF, Pro Natura und Landschaftsschutz Schweiz – setzen sich vehement gegen den Angriff auf die kantonale Denkmalpflege ein. Die kantonale Denkmalpflege könnte Gemeindeentscheide nur noch mit Beschwerden und Rekursen korrigieren. In Zukunft würde damit die denkmalpflegerisch-fachliche Beurteilung durch den Kanton erst im Nachhinein erfolgen.

Von Kathrin Hilber, Präsidentin Heimatschutz SG/AI

Die Schutz- und Fachverbände stützen ihre Kritik an dieser Kompetenzdelegation an die Gemeinden unter anderem auf das eidgenössische Natur- und Heimatschutzgesetz, das Bundesobjekte ausdrücklich unter die Obhut der Kantone stellt. Auch die St.Galler Verfassung verpflichtet den Kanton, kulturelles Erbe zu bewahren und zu überliefern.

Die neue Regelung ist auch problematisch, weil Bund und Kanton Beiträge an den Erhalt von Schutzobjekten zahlen, die Entscheide aber in den Gemeinden fallen sollen. Mitbezahlen ohne Mitsprache?

Machtkampf zwischen VSGP und Regierung

Würde die neue Regelung eingeführt, kämen auf die Gemeinden neue Verantwortlichkeiten zu. Ob sie diesen nachkommen können, stellen die acht Verbände sehr in Frage. Zeigt sich doch, dass die bereits im aktuellen PBG geforderten Inventare in kaum einer Gemeinde nachgeführt und bereinigt sind. Bisher hat auch nur eine Gemeinde, die Stadt Wil, ein Reglement über Denkmalschutzbeiträge – obwohl dies das Gesetz bereits seit drei Jahren vorschreibt. Die acht Organisationen machen darauf aufmerksam, dass nur rund ein Drittel der 77 St. Galler Gemeinden über genügend eigene Fachkenntnisse in Denkmal- und Naturschutzfragen haben. Ein weiteres Drittel zieht jeweils Fachpersonen bei. Ein letztes Drittel fällt leider oft Fehlentscheide, genehmigt Abbrüche, Umbauten und Eingriffe, die Schutzobjekte stark beeinträchtigen oder gar zerstören.

WWF und Pro Natura erleben die Kompetenzverlagerung von Schutzentscheiden zu den Gemeinden in ihrem Bereich seit Jahren. Oft müssen dort mühsame Rechtsmittelverfahren geführt werden, weil fachliche Kompetenz auf Gemeindeebene fehlt.

Und nun sollen die Gemeinden im anspruchsvollen Kulturbereich umfassende Kompetenzen bekommen? Die Motive dafür sind widersprüchlich. Die Vereinigung St.Galler Gemeindepräsident*innen (VSGP) pocht auf Autonomie. Die Gemeinden sollen selbst entscheiden können, welche Experten sie beiziehen. Sie sprechen sich gegen das kantonale Kompetenzzentrum der Denkmalpflege aus, das auch zur Qualitätssicherung beiträgt. Hier spielt sich ein Machtkampf zwischen Kanton und Gemeinden, konkret zwischen VSGP und Regierung ab. Warum auf dem Buckel der Denkmalpflege?

Starke kantonale Denkmalpflege sorgt für wirkungsvollen Schutz

Die Bevölkerung steht mehrheitlich für einen starken Schutz der Denkmäler ein. Sie verteidigt regelmässig die Ortsbildprägenden und identitätsstiftenden Bauten und Naturschönheiten. Die neue Regelung würde dazu führen, dass im Kanton die Schutzobjekte je nach Gemeinde ungleich und nicht mehr immer fachlich beurteilt werden. Denn für einen wirkungsvollen Schutz braucht es eine starke kantonale Denkmalpflege, sonst drohen Verluste von wichtigen Zeugen. Denkmalpflege muss unserem Kulturkanton mehr wert sein!

Falls der Kantonsrat den III. Nachtrag zum PBG in der aktuellen Fassung in Kraft setzen würde, sind die Verbände entschlossen, ihn mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Zum Beispiel die Villa Gassner

In Flums droht der Abbruch der Villa Gassner - trotz Intervention der kantonalen Denkmalpflege und trotz Petition von Einwohnern. Sie steht neben der neuen Überbauung «Justus-Hof» und diese soll erweitert werden. Die Gemeinde argumentiert mit Innenverdichtung, beschreibt die Villa in der «Rathaus-Post» vom Februar 2018 als kaum sanierungsfähig und betont, sie stehe nicht unter Schutz.

Bild: Heimatschutz SG/AI

Die Macht der Besetzung

Mit den gewaltfreien Besetzungen kratzten die Neuen Sozialen Bewegungen im 20. Jahrhundert an verkrusteten Machtstrukturen. Zwei Publikationen beleuchten die Besetzungen der Bauplätze des AKW-Kaiseraugst und des Waffenplatzes Neuchlen-Anschwilen.

Am Morgen des 1. April 1975 blockierte eine entschlossene Gruppe von Atomkraftgegner*innen die auffahrenden Baumaschinen für das geplante AKW Kaiseraugst. Die Aktion dauerte elf Wochen – und provozierte beinahe eine Staatskrise. Das Besetzungscamp war bunt gemischt, dezidiert gewaltfrei und genoss grossen Rückhalt in der Region. Die Atomkraftgegner*innen verzögerten das Projekt so lange, dass die Betreibergesellschaft Motor-Columbus AG am Ende von ihren Plänen abkam.

Von Marco Dal Molin, Politischer Sekretär SP Stadt St.Gallen

Es ist typisch für die Neuen Sozialen Bewegungen im 20. Jahrhunderts, dass die Idee, einen neuen Proteststil in eine Widerstandsbewegung einzuführen, häufig zu jenem kritischen Zeitpunkt aufkam, als auf politischer und rechtlicher Ebene kaum mehr Aussichten auf Erfolg bestand. Dies zeigen zwei Publikationen zu gewaltfreien Bauplatzbesetzungen im letzten Viertel des letzten Jahrhunderts.

Im Fall des AKW Kaiseraugst begründeten die Besetzer*innen ihren zivilen Ungehorsam neben der Sorge um die Umwelt mit der fehlenden demokratischen Mitsprache der lokalen Bevölkerung und der Intransparenz beim Bewilligungsprozess. Dies zeigt der Historiker David Häni in seinem 2018 erschienenen Buch. Dabei unterschätzten die Energiekonzerne bei der Standortwahl das mächtige städtische Mobilisierungspotential gegen die Atomkraft und die verfilzten Strukturen zwischen Energiekonzernen und Behörden, die sich über Umwelt- und Sicherheitsbedenken hinwegsetzten. Dazu kam die Überforderung der Sicherheitsbehörden mit der neuen Protestform. Dies änderte sich nach «Kaiseraugst»: Bereits zwei Jahre später, bei den Protesten im Sommer 1977 gegen den Bau des AKW Gösgen, lösten 950 Polizist*innen des ein Jahr zuvor gegründete Nordostschweizer Polizeikonkordats den Protest unter Einsatz von Tränengas, Helikoptern und Schlagstöcken gewaltsam auf.

Ökologische Beweggründe, aber auch eine tiefe Militärskepsis gaben den Ausschlag für die gewaltfreie Besetzung gegen den Waffenplatzgeländes Neuchlen-Anschwilen im Frühling 1990, wie eine vom Offenen Antifaschistischen Treff herausgegebene Broschüre aus dem Jahr 2021 aufzeichnet. Das Eidgenössische Militärdepartement liebäugelte ab Mitte der 1970er-Jahren mit einem neuen Waffenplatz zwischen Gossau, Abtwil und Andwil. Dagegen formierte sich eine gemischte Protestbewegung aus betroffenen Landwirt*innen, Mitgliedern der Öko- und Friedensbewegung, Kirchen sowie linken Parteien. Im Unterschied zu Kaiseraugst zeigten sich die zuständigen Behörden wenig gesprächsbereit. Dazu kam das Unvermögen – oder der Unwille –, die friedlich Protestierenden gegen rechtsradikale Übergriffe zu schützen. Obwohl die Besetzung den Bau nicht verhindern konnte, trug sie dazu bei, ökologische Bedenken vermehrt bei der Planung von Grossprojekten miteinfliessen zu lassen.

Die beiden Publikationen beleuchten auf eindrückliche Weise Gründe für Erfolg oder Misserfolg einer Besetzung. Dies hing neben dem Mobilisierungspotenzial immer auch von der Fähigkeit des Staates ab, auf solche Proteste angemessen zu reagieren. So trug im Fall von Kaiseraugst wohl auch die Verhandlungsbereitschaft der höchsten politischen Entscheidungspositionen dazu bei, das Bauvorhaben in die Länge zu ziehen und dem Protest die nötige Legitimation zu verschaffen.

Die Broschüre des OAT (Offenes Antifaschistisches Treffen St.Gallen) widmet sich dem Rüstungsplatz Ostschweiz.

Bild: Guido Berlinger-Bolt

Buchempfehlungen

OAT (hg): «Rüstungsplatz Ostschweiz. Regionale Akteur*innen und ihre Rolle in den bewaffneten Konflikten», St.Gallen 2021.
Häni, David: «Kaiseraugst besetzt!», Basel 2018.

Termine

14./15. Februar, Februarsession des St.Galler Kantonsrats, Liveübertragung auf der Webseite www.sg.ch
21. Februar, Sektionskonferenz der SP SG mit den Präsident*innen der Sektionen und der Organen zu den Themen Wahlen 2023/24 und Social-Media-Nutzung der Ortsparteien.
2. April, Parteitag der SP Kanton St.Gallen, Ort noch offen, je nach Entwicklung der Pandemie führen wir den Parteitag digital durch.
19./20. April, Aprilsession des St.Galler Kantonsrats, Liveübertragung auf der Webseite www.sg.ch
12. Mai, Jahrestagung der SP Frauen* SG
19. Mai, Mandatsträger*innentreffen der SP SG für Kantonsrät*innen, Gemeinderät*innen, Stadtparlamentarier*innen und Stadt-Exekutiven sowie Schul-rät*innen und GPK-Mitgliedern.

Jetzt SP-Mitglied werden

Machen Sie mit bei der SP! Denn als SP-Mitglied können Sie mitreden und mitentscheiden. Und Sie können mithelfen, Ihre Gemeinde, Ihren Kanton und damit letztlich die Welt sozialer, ökologischer und demokratischer zu machen.

www.mitglied-werden.sp-ps.ch

Neue Redaktion für das links

Auf den ersten Blick scheint mit diesem links alles beim Alten sein. Im Hintergrund jedoch arbeitet ab dieser links-Nummer ein ganz neu zusammengestelltes Redaktionsteam. Dabei sind: Karin Blöchlinger, vor zwei Jahren Nationalratskandidatin. Moritz Rohner, im letzten Wahlkampf unser politischer Praktikant und Campagner auf dem Sekretariat. Ronja Stahl, auch sie Campagnerin 2019 und seit Kurzem Co-Präsidentin der SP Wil. Sepp Gähwiler, SP-Kantonsrat aus Buchs. Irma Graf, SP Urgestein aus dem Rheintal und Teil von Paul Rechsteiners Ständeratswahlteams. Robin Fretz, Jungsozialist aus Rapperswil. Weiterhin dabei sind die SP SG-Präsidentin Andrea Scheck und die Politischen Sekretäre Marco Dal Molin und Guido Berlinger-Bolt. (red.)

Anzeige

Anzeige

SP fordert Nutzung des finanzpolitischen Spielraums

Abbau, Rückschritt, Perspektivlosigkeit: Die rechtsbürgerliche Ratsmehrheit scheint einmal mehr finanzpolitisch geeint in eine Februarsession zu gehen.

Die Rechtsbürgerlichen der SVP, FDP und die Mitte verfügen über eine satte Mehrheit von 94 aller 120 Kantonsrät*innen. Dieser Block diktiert diesem Kanton die Finanz- und Steuerpolitik. Eine eigentliche Abbau-Politik. Mit aller Gewalt haben sie eine Steuersenkung durchgepeitscht. Zudem wollen sie im Aufgaben- und Finanzplan die SNB-Gewinne weiterhin in die sogenannte Schattenrechnung abzweigen. Damit zeichnet der AFP ein zu düsteres Bild. Und der effektive finanzpolitische Spielraum bleibt unsichtbar. Erklärtes Ziel der Rechtsbürgerlichen ist der Staatsabbau.

Finanzleitbild: Falsche Fixierung auf die Staatsquote

Das zeigt sich auch im Finanzleitbild für die laufende Dekade, das der Kantonsrat, wie den AFP, in der Februarsession diskutiert. Die Staatsquoten, so finden Regierung und Finanzkommissionsmehrheit von SVP, FDP und die Mitte, sei zu hoch. Dabei blenden die Rechtsbürgerlichen aus, dass St.Gallen bereits über eine ausserordentlich tiefe Staatsquote verfügt. Dies zeigt sich im interkantonalen Vergleich deutlich: St.Gallen steht an 19. von 26 Positionen. Für die SP ist klar: Ohne Spielraum kann dieser Kanton nicht angemessen in die Zukunft investieren. Und dieser Kanton müsste stärker investieren: in die soziale Gerechtigkeit, in die Chancengleichheit und in eine nachhaltige Klimapolitik.

Guido Berlinger-Bolt, politischer Sekretär der SP Kanton St.Gallen

Service

Aufgrund der anhaltenden Corona- Pandemie ist es schwierig, Veranstaltungen und Anlässe zu planen. Deshalb werden wir euch weiterhin mittels Newsletter und Internet über künftige Anlässe und Veranstaltungen informieren.

Vorstösse von SP-Politiker*innen (11. 11. 2021 – 16. 01. 2022)

Motion:
Monika Simmler et.al: Interkantonaler Datenaustausch in der polizeilichen Ermittlungsarbeit: Potenziale nutzen!

Einfache Anfrage:
Guido Etterlin: Handelt der Bildungsrat verantwortungslos?

Interpellation:
Daniel Baumgartner, Guido Etterlin, Bernhard Hauser: Visitation von Privatschulen und die Beurteilung von Schülerinnen und Schülern

Bernhard Hauser et.al: Kosten für das Erstellen von Lärm-Gutachten für Tempo-30-Zonen

Daniel Baumgartner, Karin Hasler, Remo Maurer: Wie steht es um den Nachteilsausgleich auf allen Bildungsstufen im Kanton St.Gallen?

SP Fraktion: Die Regierung muss umgehend Massnahmen gegen die Covid-Pandemie ergreifen
Dario Sulzer, Bettina Surber: Verbesserungen für die Pflege sind dringend

Bettina Surber: Faire Löhne für den Kanton St.Gallen

Monika Simmler et.al: Fehlt dem Kanton St.Gallen ein rechtlich einwandfreies Amtsenthebungsverfahren?

Impressum

Klartext zur Politik im Kanton St.Gallen.
Erscheint mindestens 4x jährlich.
Mitglieder-Magazin der SP des Kantons St.Gallen, Postfach, 9001 St.Gallen, Telefon 071 222 45 85, info@sp-sg.ch

Redaktion: Andrea Scheck, Guido Berlinger-Bolt, Joel Müller, Marco Dal Molin, Karin Blöchlinger, Moritz Rohner, Ronja Stahl, Robin Fretz, Sepp Gähwiler, Irma Graf
Lektorat: Tako-Text
Layout: KampaKollektiv, Iris Graser
Druck: Niedermann Druck AG, St.Gallen

PRINTED MATTER CO_2 NEUTRAL by Swiss Climate